Tendenzen in den anderen Landeskirchen haben müsse. Und die Synodalen mußten erkennen, daß sie ein solches Organ nicht fordern könnten, da das Recht der Organisation eine Prerogative der Krone sei. So einigte man sich auf eine Kompromißformulierung: „(Die evangelisch-reformierte Kirche der Provinz Hannover) wird einer Kirchenbehörde mit kollegialischer Verfassung unterstellt.“ Damit war eine bischöfliche Generalsuperintendentur ausgeschaltet und ein paritätisches Konsistorium vorgesehen; denn man beschloß eine Immediatengabe an den König, um die Vermehrung der reformierten Mitglieder des bisherigen Konsistoriums zu erreichen. Das Konsistorium wurde dann aus drei reformierten und drei lutherischen Mitgliedern zusammengesetzt, der rechtskundige Vorsitzende sollte dem reformierten Bekenntnis angehören. Am 20. Februar 1884 wurde ein königlicher Erlaß veröffentlicht, der das Königliche evangelische Konsistorium zu Aurich als oberste Kirchenbehörde der neuen Kirche bestellte. Vier Gegenstände sollten danach nur durch die reformierten Mitglieder entschieden werden: Vorschläge für die Zusammensetzung der theologischen Prüfungskommission für die Reformierten, Vorschläge für die zu ernennenden Superintendenten, Disziplinentscheidungen gegen reformierte Geistliche und Kirchenbeamte, Entscheidungen über den Verlust des Wahlrechts und die Entlassung eines Kirchenältesten und Gemeindevertreters aus dem Amte.

Gegen zwei Stimmen nahm die Synode die in arbeitsreichen Sitzungstagen beratene Kirchenordnung an. Bis zum Jahre 1922 hat sie in Kraft gestanden, das Grunddokument der neuen reformierten Kirche. Es knüpften sich viele Hoffnungen an die Neuordnung, besonders

auch diese, daß sie ein Kristallisationspunkt für alle preußischen reformierten Gemeinden werden möchte, wurde doch auch die Ansicht laut, die neue Kirche unmittelbar dem Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin zu unterstellen, um aus der Enge herauszukommen. Eine 1911 erschienene Agende sollte einer Vereinheitlichung der Gottesdienstordnungen dienen, ein gemeinsames Gesangbuch erschien 1929. Die erste Kirchenordnung mußte 1922 einer neuen Kirchenverfassung weichen. Als nach dem Zusammenbruch des Staatskirchentums im November 1920 eine außerordentliche Synode in Aurich zusammentrat, um die Übergangsmaßnahmen zu fixieren, befand sich unter den Synodalen einer, Superintendent i. R. Tholens, der noch die Verhandlungen des Jahres 1881 sehr aktiv mitgemacht hatte und nun als Alterspräsident der ersten Ordnung das Sterbelied sang. Er gehörte noch zu den Predigern, die es in der Homiletik gelernt hatten, daß schöne Form und das Anschlagen gefühlvoller Saiten zur guten Predigt gehörten. „Es ist Herbststimmung, die bei uns hochkommt. Wie nun alles stirbt und endet, und das letzte Blumenblatt müd sich zu der Erde wendet in die warme Ruhestatt.“ Uns ist, als wenn Silvesterglocken in diese Versammlung hineinlönen.“ Der erste Zeitabschnitt der neuen Kirche ging tatsächlich zu Ende. Und jetzt ist auch das Ende des zweiten Abschnitts schon abzusehen. Die Verfassung von 1922 wird ersetzt werden müssen. Da mag das Jubiläum des 12. April 1882 daran erinnern, daß die Kirche wohl in ihren Ordnungen leben darf und soll; aber wovon sie lebt, das steht nicht in den Ordnungen, das hat sich die Kirche schenken zu lassen durch das Evangelium, dessen Geschöpf sie ist.

Erlangen

Jan Weerda

Zur christlichen Lehre
und Theologie:

Das Werk des Geistes in der Auferbauung der Gemeinde und in der Liebe des Einzelnen

Zu Karl Barths „Kirchliche Dogmatik“, IV, 2, 695—953

Die gleichen Grundgesichtspunkte, wie wir sie soeben skizzierten, sind auch wirksam, wo Barth — in einem weiteren Unterabschnitt — von der „Erhaltung der Gemeinde“ spricht. Erhaltung — denn der Gemeinde droht Gefahr, von außen wie von innen. Von außen: es begegnet ihr das Kreuz in der Gestalt der Verfolgung und Unterdrückung, aber ebenso in der Gestalt der Toleranz als der „furchtbarsten Waffe der Intoleranz“ (751), der Gleichgültigkeit, der Verachtung bis hin zur Einschaltung in die Zwecksetzungen eines „praktischen Atheismus“ (752). Von innen: sie ist ja selbst immer ein „Stück Welt“, so gewiß ihr Wirken eben menschliches und irdisches Wirken ist; so steht sie ständig in der Gefahr, sich von der Welt und deren eigenen Gesetzmäßigkeiten „verlocken“ zu lassen (753). Konkret besteht ihre innere Gefährdung vor allem in der Verlockung zur „Fremdhörigkeit“ und — andererseits — zur „Sakralisierung“ (754). Diese zwiefache Verlockung läuft darauf hinaus, daß sich die Gemeinde nicht mehr als den Leib Christi, und daß sie Christus nicht mehr als ihr alleiniges Haupt anerkennt. Die Gefährlichkeit der Verlockung zur „Fremdhörigkeit“ besteht darin, daß diese leicht das Scheinargument für sich hat, die Gemeinde werde, wenn sie sich der „Welt“ verschreibe, um so stärker wachsen, um so tiefer die Welt durchdringen können. Dabei unterstreicht Barth, daß die Welt, die die Gemeinde verlockt, „immer säkular“ gewesen ist — er findet, es gäbe keinen größeren Irrtum als den, zu meinen, es sei im „vielgerühmten Mittelalter“ anders gewesen (756). Der Verlockung zur Säkularisierung geht die Verlockung zur Sakralisierung unmittelbar parallel. Auch hier ist das Motiv die Selbstbehauptung der Kirche. Nur versucht es die sakralisierte, sich selber verherrlichende Kirche nicht mit der Anpassung, sondern mit der eigenmächtigen Betonung ihrer Besonderheit (756). Indessen: gerade wo die Gemeinde selbst „recht haben will“, da kann sie sich „in der schlimmsten Weise ins Unrecht setzen“

(757). Sie ist eben nicht Christus, nicht das Reich Gottes. Und wo sie sich sakralisiert, da verdrängt sie in Wahrheit das Evangelium „durch ein unter Berufung auf das Evangelium aufgerichtetes und proklamiertes pseudo-heiliges Menschengesetz“ (758).

Die Gemeinde ist in Gefahr. Wie sehr das auch im Neuen Testament erkannt ist, zeigt namentlich Eph. 6, 10—20 (in diesem ganzen Umkreis greift Barth ständig auf den Epheserbrief zurück). Aber Barth kann von der aller „Schwachheit“ der Gemeinde „trotzenden Erhaltung“ sprechen (747). Er kann ebenso trotzend formulieren: Die Gemeinde „kann und wird... faktisch nicht zerstört werden“, trotz ihrer unbestreitbaren Zerstörbarkeit (760). Sie kann nur „fast“, aber „nie ganz“ erliegen (761). Warum? Zunächst darum, weil die Schrift noch nie gänzlich hat zum Buchstaben werden können (762). Was die Christen nie geschafft hätten, das hat die Schrift tatsächlich bewirkt (Barth erwähnt Eph. 6, 17). Aber sie hat es bewirkt, weil sie das Zeugnis von dem Einen ist, der seine Gemeinde erhalten will und wird. Es hängt also für die Zuversicht der Gemeinde „auf ihre Sache, auf ihre Dauer, ihre Zukunft, ihren Sieg schlechthin alles daran, daß sie ihre Zuversicht auf ihn sei...“ (764).

Der ausführlichste Unterabschnitt des in diesem Bande vorgelegten Teils von Barths Ekklesiologie ist der „Ordnung der Gemeinde gewidmet“ (765—824). Es ist nicht von ungefähr, daß Barth erst jetzt darauf zu sprechen kommt (anders als z. B. Calvin). Er spricht zwar unbefangen davon, daß die Erbauung der Gemeinde „einem Gesetz“ folge (765 f.). Aber es ist kein Normenkodex, der hier regiert. Die Ordnung wird als „Kampfaktion“ verstanden, die sich gegen das Chaos und die Unordnung wendet — wieder geht es um Bewegung, um Geschichte in dem nun schon so oft erörterten Sinn. Barth ist sich bewußt, daß er mit dem, was in dieser Be-

ziehung zu sagen ist, sich in einen besonders aktuellen Bereich begibt. Mit Grund ist dieser Teil in einem Vorabdruck (bei Chr. Kaiser) separat erschienen.

Ordnung bezieht sich stets auf Vorgänge, auf „Verhältnisse und Beziehungen“, sie ist nie etwas an und für sich. Die Erbauung der Gemeinde kann mit „rechten“ Dingen zugehen — oder aber es herrscht das Unrecht und die Unordnung. Genauer: es geht bei der Erbauung der Gemeinde um eine ihr vorweg mitgegebene „Form und Bestimmtheit“, und es geht bei deren Wahrung zugleich um „Recht“, das heißt: um den „richtigen Umgang“ mit der der Gemeinde gegebenen und aufgetragenen „Sache“ (766).

Barth bezieht sich zunächst, ehe er zum Einzelnen kommt, auf das zurück, was er jetzt „das echte Verhältnis zwischen dem primären und dem sekundären Subjekt im Begriff ‚Gemeinde‘“ bezeichnet (768). Er meint damit die oben ausgeführte Unterscheidung, nach der Jesus Christus einerseits das Haupt der Gemeinde, diese andererseits sein Leib ist. Jesus Christus ist das Haupt seines Leibes (768), der „seine irdisch-geschichtliche Existenzform ist“. Das Verhältnis zwischen Haupt und Leib erträgt keine Vertauschung. Allein von Christus her kann gezeigt werden, daß und warum nach Ordnung und also nach einer bestimmten Form, nach Gesetz und Recht (!) im Leben der christlichen Gemeinde überhaupt gefragt werden muß“ (768 f.), und nur von ihm her kann gezeigt werden, „nach welcher besonderen Ordnung und Form, nach welchem eigentümlichen Gesetz und Recht zu fragen ist...“ (769). Bei diesem Anlaß wird gegen die bekannten Thesen von Sohm und neuerdings Emil Brunner eingewendet, daß sie eine „christologische“ Frage und Antwort zur Bezeichnung des Wesens der Gemeinde „umgehen“ (769). Nach Barth ergibt sich mit dem „christologisch-ekklesiologischen“ Begriff der Gemeinde bereits unmittelbar erstens: daß er „schon als solcher von Ordnung und Recht redet“ (769). Barth charakterisiert das, was er meint, mit dem Begriff der „bruderschaftlichen Christokratie“ (770): in der Gemeinde als der „vorläufigen Darstellung der in Jesus Christus geheiligten Menschheit“ gilt, daß da auf der einen Seite ein wirkliches Anordnen und Verfügen des einen Heiligen herrscht, in dem alle geheiligt sind, und daß auf der anderen Seite die „Gemeinschaft der Heiligen“ sich ihm gegenüber im Verhältnis des Gehorsams und der Unterordnung befindet. So wird Gemeinde überhaupt erst konstituiert. Und damit ist „ihr Ordnungsprinzip, ihr Grundrecht“ gegeben (770). Wie die geheiligte Gemeinde im Wege der Sakralisierung in Gefahr geraten

kann, so kann die in Ordnung versetzte im Wege der Verrechtlichung gefährdet sein. Aber Barth wehrt sich dagegen, daß die „Verrechtlichung“ die einzige Gefahr für die Kirche sei. — Mit dem „christologisch-ekklesiologischen Begriff“ der Gemeinde ist für Barth ebenfalls bereits die Besonderheit der Ordnung und des Rechtes in der Gemeinde gegeben: sie selbst kann nie zum „Subjekt“, Christus kann nie zum „Prädikat“ werden — Jesus Christus ist im Verhältnis zur Gemeinde „ihr lebendiges Gesetz“ (772). Und das Recht der Gemeinde ist „im strengen Sinne“ „geistliches Recht“, weil es nämlich allein „in der Gemeinschaft des Heiligen Geistes Jesu Christi aufzusuchen, zu finden, aufzurichten und zu handhaben ist“ (772). Von da aus wird Erik Wolfs Begriff des „bekennenden“ Kirchenrechts verständlich (773). Andererseits findet Barth von hier aus den Ansatz zu einer eingehenderen Kritik des von Brunner in der Nachfolge Sohms vorgebrachten Gedankens einer vom Kirchenrecht freien Gemeinde (774 ff.). Barth fragt vor allem, ob es diese Gemeinde als Wirklichkeit überhaupt gebe oder geben könne, ob hier nicht in Wahrheit mit einer Idee gerechnet werde. „Das Neue Testament bezeugt kein Leitbild christlicher Gemeinschaft, wohl aber“ — nach Ed. Schweizer — „das Leben des Herrn in der Gemeinde“ (776). Die Kraft der Kritik Barths liegt jedoch vor allem in den positiven Sätzen, die ihr vorausgehen.

Als eine Vorbemerkung für die Entfaltung seiner Gedanken zur Ordnung und zum Recht der Kirche will Barth offenbar die Erwägung verstanden wissen, daß die Gemeinde es der sie umgebenden Welt, insbesondere dem Staat nicht verwehren kann, sie anders zu verstehen, als sie sich selber im Sinn des „bekennenden“ Rechtes versteht. Der Staat kann die Kirche in das Rechtsgefüge einordnen, das er gestaltet. Er kann sie als Korporation oder auch als Verein verstehen und behandeln (778). Die Kirche kann das nicht hindern. Nie jedoch kann das Staatskirchenrecht „Kirchenrecht werden“ (779). Nie können also staatskirchenrechtliche Sätze Bestandteil einer Kirchenordnung sein (ebd.). Im Gegenteil: die Kirche wird stets auf der Hut sein müssen, daß nicht etwa aus dem *ius circa sacra* doch ein *ius in sacra* wird (780). Sie wird aber auch „im kritischsten Fall“ in ihrem Gehorsam gegenüber der ihr gegebenen und aufgegebenen Rechtsform nie gegen den Staat stehen, sondern „in wohlverstandener Verantwortlichkeit auch für ihn“ am Werke sein: eben in der Wahrnehmung ihrer Verantwortlichkeit bezeugt sie ihm, daß „auch er von Gott ist“ und „ein ihm nicht eigenes, sondern nur übertragenes Recht ausübt...“ (780). Fortsetzung folgt

Berichte und Beiträge

Aus dem Bunde

Die reformierte Konferenz am Niederrhein

versammelt sich zu ihrer

Frühjahrstagung in Köln-Nippes am 1. Mai 1957.

9.30 Uhr: **Predigt:** Dr. Lothar Coenen, Neviges.

Anschließend Besprechung der Predigt.

15.00 Uhr: **Vortrag:** „Wiedereinführung der Beichte?“, Professor D. Otto Weber, Göttingen. Anschließend Aussprache.

Tagungsort: Evangelische Kirche Köln-Nippes. / Anmeldung zum gemeinsamen Mittagessen an den Ältesten, Herrn Wilhelm Höhler, Köln-Nippes, Nievenheimer Straße 20.

Die Evangelische Studentenkonferenz in Rheydt hält ihre 8. Ostertagung vom 25. bis 30. April wieder in Rheydt ab. Die Vormittage werden der gemeinsamen Bibelbesprechung über Abschnitte aus Jesaja und Micha, die Nachmittage der Behandlung des Hauptthemas „Die Aufgaben der Christen in der westlichen Welt angesichts der Herausforderung der Welt des Kommunismus auf wirtschaftlichem, sozialem und geisti-

gem Gebiet“ gewidmet sein. Teilnehmen können Studenten und Jugendakademiker aller Fakultäten. Auskunft und Anmeldung bei Dr. L. Coenen, Neviges, Siebeneckerstraße 4.

Der Moderator des Reformierten Bundes, Prof. D. Wilhelm Niesel, Schöller, erhielt eine Einladung, im Frühjahr 1958 Gastvorlesungen über Dogmatik in dem College

Austin (Texas) USA zu halten. Wie wir weiter erfahren, wird Wilhelm Niesels „Symbolik“ gegenwärtig ins Englische übersetzt. Der Verfasser hat für diese Übersetzung eine neue Bearbeitung des Abschnittes über die englischen Freikirchen zugesagt. Außerdem wurde Wilhelm Niesels Schrift „Was heißt reformiert?“ ins Japanische übersetzt.

Vor der Lippischen Landessynode schlug bei deren letzter Tagung D. Wilhelm Neuser vor, den Rat EKD zu erweitern. Bei der Wiederbesetzung des Ratssitzes, den bisher Kirchenpräsident Niemöller innegehabt hatte und zu dessen Nachfolger die Gesamtdeutsche Synode Präses D. Wilm berief, mußte eine Reihe dringlicher Wünsche, wie D. Neuser ausführte, unberücksichtigt bleiben. 1955 haben die Reformierten bei der Tagung der Gesamtdeutschen Synode in Espelkamp vorübergehend auf den 2. Ratssitz verzichtet, der ihnen bei der jetzt erfolgten Nachwahl nicht wieder zugestanden worden ist. Es sei aber nötig, daß die Reformierten im Rat der EKD mit zwei Männern vertreten würden. Eine